

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 06 86 846 pbbn d



## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Vorsitzender der SPD-  
Bundestagsfraktion, weist  
auf die Verständigungs-  
bereitschaft der Gewerk-  
schaften hin.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB, AfA-  
Bundesvorsitzender, hält  
die böartigen Ausbrüche  
Genschers auf dem FDP-  
Parteitag in Münster für  
Ausdruck der desolaten  
Gesamtsituation der  
Freien Demokraten.

Seite 3

Günter Verheugen MdB,  
Mitglied im Auswärtigen  
Ausschuß des Bundestages,  
unterstreicht die Ver-  
antwortung Bothas für  
die Lage im südlichen  
Afrika.

Seite 4

Horst Sielaff MdB nennt  
Ansatzpunkte, um Bewe-  
gung in die Deutschland-  
politik zu bringen.

Seite 5

39. Jahrgang / 106

4. Juni 1984

Kohl hat die Neutralitätspflicht verletzt

-----  
Ohne Einmischung gäbe es längst einen Kompromiß

Von Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerk-  
schaften in der Metall- und der Druckindustrie weiten  
sich aus, ein Kompromiß ist bislang nicht in Sicht. Diese  
weitere Eskalation des Arbeitskampfes war nicht notwen-  
dig.

Zwei Gründe haben zur Ausweitung des Konfliktes und zur  
Verhärtung der Fronten beigetragen: Da ist zum ersten  
die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit - die von  
der Bundesregierung voll mitverantwortet wird -, den  
"kalt" ausgesperrten Arbeitnehmern Unterstützung zu ver-  
weigern, die mit dem Arbeitskampf bisher gar nichts zu  
tun hatten. Damit hat die Bundesanstalt - im Widerspruch  
zur früheren Praxis - in einen regional begrenzten Tarif-  
konflikt bundesweit eingegriffen. Die deutschen Gewerk-  
schaften sehen damit die Gleichheit der Mittel im Arbeits-  
kampf gefährdet.

Der zweite Grund liegt in der bislang einmaligen Einmi-  
schung der Bundesregierung in den Tarifkonflikt, an der  
Spitze der Bundeskanzler, sein Wirtschaftsminister und  
seit dem Wochenende auch der Vizekanzler. Ich bin über-  
zeugt: Wäre dies nicht geschehen, ein Kompromiß wäre  
längst gefunden. Ohne die in ihrer Einseitigkeit seit  
1949 beispiellose Parteinahme der Herren Kohl, Genscher  
und Lambsdorff hätten die Arbeitgeber wohl kaum den Mut  
gefunden, den sozialen Frieden immer stärker aufs Spiel  
zu setzen.



Die beteiligten Gewerkschaften haben deutliche Signale für einen Kompromiß in Richtung auf eine kostenverantwortliche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gegeben. Eine entsprechende Kompromißbereitschaft ist auf Seiten der Arbeitgeber bislang nicht zu erkennen. In einer Phalanx mit Bundesregierung, CDU/CSU und FDP wollen sie die 40-Stunden-Woche - möglichst noch bis 1988 - festgeschrieben sehen.

Was soll angesichts dieser Kampflage die Klage der Bundesregierung, daß sich der Streik auch gegen sie zu wenden beginnt? Nicht die Gewerkschaften haben die Regierung herausgefordert, sondern Herr Kohl hat die Neutralitätspflicht - unter Mißachtung der Erfahrung seines selbstgewählten "Großvaters" Adenauer - verletzt.

Weil sie das nicht hinnehmen wollen, weil sie die Bundesregierung zur Neutralität auffordern, wirft Graf Lambsdorff den Gewerkschaften vor dem Plenum des Deutschen Bundestages vor, sie wollten eine "andere Republik"! Darf es da noch verwundern, daß mein Fraktionskollege Hermann Rappe, einer der erfahrensten und besonnensten aus dem Kreis der deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden, an gleicher Stelle antwortete, dies sei eine antigewerkschaftliche Rede gewesen, "die jeden im Deutschen Gewerkschaftsbund, jeden Vorsitzenden in eine klare Konfrontation zu diesem Kabinett bringen muß".

Regierung und Koalition haben sich zu entlasten versucht mit der hochgespielten Empörung über eine verunglückte - auch von mir bedauerte - Äußerung des IG Druck-Vorsitzenden auf dem SPD-Parteitag, für die er sich unverzüglich entschuldigt hatte. Ich halte dagegen: Haben sich Herr Kohl und Herr Genscher für ihren Anschlag auf unseren Rechtsstaat, für ihr Amnestiegesetz entschuldigt? Nein, sie konnten nur durch eine wache Öffentlichkeit vorerst gestoppt werden, in der Sache blieben sie uneinsichtig.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, mit unseren Möglichkeiten zu einem möglichst baldigen Ende des Arbeitskampfes beizutragen. Ziel muß dabei ein Kompromiß sein, nicht die Kapitulation einer Seite. Sonst stünde am Ende tatsächlich eine "andere Republik", die vielleicht Herrn Lambsdorff vorschweben mag, für die Arbeitnehmer und die SPD aber wäre sie nicht akzeptabel.

(-/4.6.1984/ks/va)

+ + +



Eine Quittung bekommt Genscher bei den Wahlen

Die Ausbrüche des FDP-Vorsitzenden zeigen, wie desolat seine Lage ist

Von Rudolf Dreßler MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die Sozialdemokraten weisen mit aller Schärfe die Unterstellung des Vorsitzenden der FDP zurück, die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung werde von uns zu einem Kampf gegen Aufschwung und höhere Beschäftigung genutzt. Desgleichen weisen wir die in den Genscher-Äußerungen zum Abschluß des FDP-Parteitages steckende infame Behauptung zurück, die Sozialdemokraten instrumentalisierten die Gewerkschaften für ihre politischen Ziele.

Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften begegnen sich in unserem Land als selbstbewußte und zugleich befreundete Organisationen, die vielfach dieselben Ziele aufweisen, die sich aber durchaus in der Wahl der Mittel, in der Beurteilung aktueller Situationen und in der Einschätzung von Durchsetzungsmöglichkeiten unterscheiden können. Die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche findet freilich die Sozialdemokraten an der Seite der Gewerkschaften, weil wirtschaftliche Vernunft und die sozialen Notwendigkeiten für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit sprechen.

Der FDP-Vorsitzende hat die Freien Demokraten in Münster nach Art eines Befehlshabers auf den Kampfgegner SPD ausgerichtet. Da schwingen verletzte Eitelkeit und Wut mit, weil die SPD Genschers Motive bei Wende und den folgenden Anpassungsmanövern an die Unionsparteien ein ums andere Mal offengelegt haben.

Zugleich ist die Zuspitzung der Auseinandersetzung auf uns ein Versuch des Ablenkens: Die FDP-Führung will Ablenken von ihrem desolaten Zustand, von der Tatsache, daß ihr politischer Einfluß in der Koalition gegen Null tendiert und ferner ihre politischen Aussichten grau in grau verhangen sind. Genscher weiß: Der Bürger, der sich heute das Eintrittsbillet zu den Freien Demokraten besorgt, ähnelt dem U-Bahn-Benutzer. Der hat nämlich seinen Fahrschein schon vor Antritt der Reise zu entwerten. Dieser Einsicht entspringen die böartigen Äußerungen des Vorsitzenden "auf Abruf".

Wer wie Genscher die eigene Profilierung nur noch über den politischen Gegner besorgen kann, wer ein dumpfes Ressentiment gegen die Gewerkschaften entfachen muß, der hat die eigene Niederlage im Kopf schon vorweggenommen. Auch das weiß der FDP-Vorsitzende. Wir Sozialdemokraten unterschätzen das zerstörerische Potential einer aus dem Ruder laufenden FDP-Führung nicht - vor allem für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir kennen aber auch das Gegenmittel: Bereits am 17. Juni bei der Europawahl und in den folgenden Kommunal- und Landtagswahlen die Freien Demokraten auf das reduzieren, was sie sind: eine klassische drei-Prozent-Partei am Tellerrand der Wirtschaftsverbände.

(-/4.6.1984/ks/va)

+ + +



Botha die Illusionen nehmen

---

Der Apartheid-Premier erwartet Lob für seine Vertragspolitik

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Europa-Tournee des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha dürfte nicht so verlaufen, wie er sich das vielleicht vorgestellt hat. Die Absicht ist, aus der politischen Isolierung herauszukommen, in die sich Südafrika mit seiner brutalen Rassentrennungspolitik hereinmanövriert hat. Und genau diesen Gefallen darf man Botha nicht tun, weil sich die südafrikanische Politik im Kern nicht geändert hat.

Geändert hat sich die Lage im südlichen Afrika. Einige, nach jahrelanger Destabilisierung durch Südafrika wirtschaftlich zusammengebrochene Nachbarstaaten, mußten die Chance ergreifen, sich mit den Machthabern in Pretoria zu arrangieren, um Zeit zu gewinnen, um wieder auf die Beine zu kommen. Zeit gewinnen will aber auch Südafrika. Der Befreiungskampf des ANC und der SWAPO soll in den Frontlinienstaaten keine politische und personelle Basis mehr finden, damit Südafrika im eigenen Land möglichst ungestört von außen sein Rassentrennungskonzept verwirklichen kann. Zwei entscheidende Tatsachen sind auch nach den Verträgen mit Mosambik und Angola nicht aus der Welt:

1. Die Bevölkerungsmehrheit in Südafrika bleibt in ihrem rechtlosen Zustand. Das Homeland-Konzept wird weiter verfolgt.
2. Die Unabhängigkeit Namibias entsprechend den Forderungen der UNO wird weiter verzögert.

Südafrika bietet sich dem Westen als Verbündeter an und bezeichnet sich selbst als Demokratie. Solange es die elementarsten Menschenrechte Tag für Tag verletzt, kann es nicht mit Verständnis oder mehr Unterstützung durch wirklich demokratische Kräfte rechnen.

Die Bundesregierung hat es für richtig gehalten, Botha zu empfangen. Angesichts der Zielsetzung des Besuchs zeugt das nicht für politischen Instinkt: Nachdem der Besuch aber nicht zu verhindern war, kommt es nun darauf an, dem südafrikanischen Ministerpräsidenten direkt und unverblümt zu sagen, daß die Bundesrepublik in seiner Politik die alleinige Ursache für die gefährliche Lage im südlichen Afrika sieht. Man darf Botha keine Illusionen lassen. Und darum wäre es auch falsch, ihn für die Vertragspolitik zu loben, wie er es wohl erwartet.

Mit Kritik an Botha allein ist es nicht getan. Die Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika drängt nicht entschieden genug auf schnelle Veränderungen. Als Mitglied der westlichen Kontaktgruppe und als einer der wichtigsten Handelspartner Südafrikas trägt die Bundesrepublik eine größere Verantwortung als andere. Damit dies sichtbar wird, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag beschlossen, der die Politik Südafrikas verurteilt und am Mittwoch - also noch während des Botha-Besuchs - im Bundestag verhandelt wird. Dann wird sich zeigen, was von den Bekenntnissen der Regierungsparteien zur Selbstbestimmung und Menschenwürde wirklich zu halten ist.

(-/4.6.1984/ks/va)

+ + +



Neue Impulse für die Deutschlandpolitik  
-----

Wo Ansatzpunkte und Möglichkeiten zu finden sind

Von Horst Sielaff MdB

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) hat immer betont, daß eine Totalausiedlungspolitik oder die Entvölkerung der DDR nicht Ziel deutscher Politik sein darf. Eine Politik mit diesem Ziel, die "kalte Krieger" und Vertreter der Altvertriebenenverbände häufig propagiert haben, ist auch gegen die Menschen in der DDR gerichtet. Folgerichtig haben sich deshalb auch die evangelischen Kirchen der DDR gegen das Verlassen der eigenen Heimat gewandt.

Die Flut der Übersiedler aus der DDR während der Monate Januar bis April 1984 und die damit überdeutlich werdenden Probleme für die betroffenen Menschen sollte die Verantwortlichen in Ost und West deshalb zu neuen Überlegungen und neuen Impulsen in der Deutschlandpolitik veranlassen.

Wer allerdings unterstellt, die SED entfaltet "1983 vielfältige subversive Aktivitäten, um die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kommunistisch zu beeinflussen", "Massenorganisationen und andere Institutionen der DDR setzten ihre 'Westarbeit' ebenfalls fort", und die FDJ bemühe sich, "auch den innerdeutschen Jugendaustausch für ihre politische Agitation auszunutzen" und Wissenschaftler der DDR als "Reisekader" mit dem Auftrag, für die Politik der DDR nützliche Erkenntnisse zu gewinnen, bezeichnet, der kann für sich nicht in Anspruch nehmen, wirkliche Entspannung zwischen der DDR und der Bundesrepublik ehrlich zu wollen.

Daran ändert sich auch dann nichts, wenn der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen auf Anfrage mitteilen läßt, er habe bei der Formulierung des Kapitels "SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland" im Verfassungsschutzbericht 1983 nicht mitgewirkt.

Die positive Einschätzung der Deutschlandpolitik der jetzigen Regierung durch die Sozialdemokraten ist deshalb auch nicht eindeutig begründbar und mehr vom Prinzip Hoffnung als durch Fakten bestimmt. Richtig ist sicherlich, daß die große Wende in der Deutschlandpolitik durch die Verantwortlichen bisher nicht betrieben wurde.

Berechtigte Hoffnungen richten sich auch auf den neuen Bundespräsidenten, der durch Besuche in der DDR unter anderem bewußt neue Bewegung in die Deutschlandpolitik bringen und die durch die Nachrüstungspolitik zur Erstarrung drohende West-Ost-Beziehung verhindern könnte.

Wer die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierung fortführen will, muß den ideologischen Grabenkrieg gegen die DDR endgültig aufgeben und ernsthafte Überlegungen anstellen, ob die Verweigerung der DDR-Staatsbürgerschaft sinnvoll ist und die Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle in Saizgitter als ein bewußter Schritt einer erneuten aktiven Deutschlandpolitik notwendig ist. Vielleicht würde in der Frage um die deutsche Staatsbürgerschaft "durch Klarstellung unserer Rechtsauffassung und eindeutige Sprache erreicht werden, daß auch die DDR hier keine nennenswerten Probleme



mehr sieht", wie es Jürgen Schmude bereits vor einem Jahr formulierte. Der SPD-Politiker ergänzte im Sozialdemokratischen PresseDienst vom 31. Mai 1983:  
"Zur Klarstellung gehört, daß wir mit unserem Staatsangehörigkeitsrecht keine Rechte der Deutschen Demokratischen Republik verletzen. Denn wir zwingen die deutsche Staatsangehörigkeit niemandem auf und nehmen niemanden gegen seinen Willen in Anspruch. Zur Klarstellung in der Praxis gehört, daß Fehlgriffe bei der Erteilung und Einbeziehung von Pässen ebenso unterblieben wie etwa bei der Einberufung zum Wehrdienst. Eindeutige Sprache muß der Tatsache Rechnung tragen, daß wir nach Artikel 6 des Grundvertrages die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR und damit auch ihre Personalhoheit und ihre Regelungskompetenz in Fragen ihrer Staatsbürgerschaft respektieren. Nachdem letztlich auch das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, daß der Erwerb der DDR-Staatsbürgerschaft nicht ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit vermittelt, wird die vielfach ausgesprochene Behauptung falsch, es gäbe nur eine deutsche Staatsangehörigkeit."

Die DDR ihrerseits sollte ihre Grenzen für Besuchsreisen und für Privatbesuche für alle ihre Bürgerinnen und Bürger öffnen und Überlegungen anstellen, ob nicht ihre Verfassung im Artikel 32 erweitert werden kann und das Recht auf Freizügigkeit nicht nur innerhalb des Staatsgebietes der DDR, sondern auf ganz Deutschland erweitert wird.

Dieser Schritt würde die Sehnsucht mancher Bürgerinnen und Bürger in der DDR nach dem "goldenen Westen" überflüssig und in vielfacher Weise gegenstandslos machen und die Anzahl der Anträge auf Übersiedlung in die BRD schnell reduzieren. Der Ausbau von kulturellen Kontakten, des Jugendaustausches (trotz der diffamierenden Passagen des Verfassungsschutzberichtes) und die Schaffung von Städte- und Gemeindepartnerschaften würde angesichts der sich ständig abkühlenden Beziehungen zwischen den beiden Großmächten neue Impulse für die Entspannung in Europa geben.

Die BRD sollte eine offensive Deutschlandpolitik betreiben und Erich Honecker beim Wort nehmen, wenn er vor der Bezirksdelegationskonferenz der SED im Februar 1984 erklärte:

"Ausgangspunkt für eine konstruktive Politik können nach wie vor nur die Realitäten sein, die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung auf unserem Kontinent entstanden sind. Dazu gehören die Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten mit verschiedenen sozialen Ordnungen, der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD, sowie die Tatsache, daß sie in zwei ebenso verschiedene Bündnis-systeme, den Warschauer Vertrag und die NATO, integriert sind. Andere Beziehungen als die der friedlichen Koexistenz kann es nicht geben. Durch die gegenwärtige Zuspitzung der internationalen Lage wird diese Feststellung nur noch erhärtet. Es wird um so deutlicher erkennbar, daß die Aufgabe darin besteht, entsprechend dem abgeschlossenen Vertragswerk, insbesondere dem Grundlagenvertrag, nichts unversucht zu lassen, um solche Schritte in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu tun, die den Interessen der Friedenssicherung, der Entspannung und einer gegenseitigen vorteilhaften Zusammenarbeit dienen."  
(-/4.6.1984/ks/va)

+ + +

